

**Beantwortung der „Bitte um Auskunft über die rentenpolitischen Ziele der LINKEN“ von [www.rentenpolitikwatch.de](http://www.rentenpolitikwatch.de)**

1. **Lebensstandard im Alter sichern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Ja!

DIE LINKE fordert sämtliche Kürzungen aus der Rentenanpassungsformel zu streichen und ein Sicherungsniveau von mindestens 53 Prozent gesetzlich festzuschreiben. Dies entspricht in etwa der Höhe der Jahrzehnte vor den Kürzungsreformen.

(Antrag: Rentenniveau anheben - Für eine gute, lebensstandardsichernde Rente, [BT-Drs. 18/6878](#).)

2. **Altersarmut verhindern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirk-same Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Ja!

Neben der deutlichen Anhebung des Rentenniveaus wollen wir dafür sorgen, dass prekäre Beschäftigung wie Leiharbeit, der Missbrauch von Werkverträgen und befristete Beschäftigungsverhältnisse eingedämmt werden. Denn nur gute Arbeit garantiert auch im Alter eine auskömmliche Rente. Außerdem wollen wir die Solidarität in der Rentenversicherung stärken: Zeiten niedriger Löhne, der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege müssen deutlich besser abgesichert werden.

(Antrag: Rentenversicherung stärken und solidarisch ausbauen – Solidarische Mindestrente einführen, [BT-Drs. 17/8481](#).)

3. **Erwerbstätigenversicherung:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Ja!

(Antrag: Eine solidarische Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen, BT-Drs. [17/10997](#).)

4. **Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken:** Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzierung der GRV umgeleitet werden?

Ja.

DIE LINKE tritt für eine transparente und sachgerechte Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung ein. Weil das Rentenpaket, wie etwa die sogenannte "Mütterrente", ganz überwiegend aus Beiträgen und nicht aus Steuermitteln finanziert wird, werden die Beitragssätze bis zum Jahr 2030 deutlich stärker ansteigen als bisher vorgesehen. Steigende Beitragssätze mindern über die Rentenanpassungsformel die jährlichen Rentenerhöhungen. Etwa ein Drittel der Kosten des Rentenpakets bezahlen alle Rentnerinnen und Rentner dadurch selbst.

Zudem ist die Beitragsbemessungsgrenze deutlich anzuheben und perspektivisch aufzuheben und die Rentenhöhe bei hohen Renten abzuflachen.

5. **Rentenpolitische Fehler korrigieren:** Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/ Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?

Ja!

DIE LINKE im Bundestag war nicht nur die erste Fraktion, die gefordert hat, die Zwangsverrentung abzuschaffen ([BT-Drs. 18/589](#)), sondern sie hat als einzige Fraktion bereits 2012 einen eigenen Vorschlag vorgelegt, wie auf freiwilliger Basis die eingezahlten Beiträge der Riester-Rente in die sichere gesetzliche Rentenversicherung überführt werden sollen ([BT-Drs. 17/12436](#)).

Zur Abschaffung der doppelten Verbeitragung hat DIE LINKE im vergangenen Jahr einen entsprechenden Antrag ([BT-Drs. 18/6364](#)) eingebracht. Die doppelte Verbeitragung von Betriebsrenten ist nichts anderes als eine kalte Enteignung der Betroffenen und deshalb zutiefst ungerecht. Sie gehört abgeschafft.

Auch die Angleichung der Rentenwerte in Ost und West wird von der LINKEN seit Langem gefordert ([BT-Drs. 18/982](#)):